



Neue Zürcher Zeitung, 11. April 2011

## Ethik – jenseits von Zwang

*Die Ethik gehört ihrem Wesen nach zum Bereich des Freiwilligen. Tugenden lassen sich nicht erzwingen, und allgemeine ethische Standards können in der Gesellschaft nicht durch Zwang und Gesetze angehoben werden.*

**Von Robert Nef**

Ethik ist als Marktlücke entdeckt worden und zwar durchaus im verwirrenden Doppelsinn des Wortes. Man kann einerseits dem Markt, auf welchem materielle Güter und Dienstleistungen getauscht werden, seine ethischen Defizite vorrechnen und gleichzeitig in dieser Marktlücke auf dem Ideenmarkt seine eigenen Vorstellungen anbieten. Dagegen ist nichts einzuwenden, je vielfältiger desto besser, denn die Antwort auf die Frage nach „gut“ und „böse“ nach „lebensdienlich“ und „lebensfeindlich“ ist keine einfache, und wer sich diesbezüglich zum Spezialisten aufschwingt und für allgemein massgebend hält, muss sich weltweit in einem vielfältigen Diskurs bewähren.

### «Dienst nach Vorschrift»

Die ethische Frage „Was sollen wir tun?“ ist tatsächlich zentral. Aber das eigentliche Defizit liegt wohl weniger in der theoretischen Reflexion als in der täglichen Praxis, und manchmal macht es den Anschein, als müsse das eine das andere ersetzen. „Es gibt nichts Gutes, ausser: Man tut es“ (Erich Kästner), und das Gute muss um seiner selbst willen getan werden und nicht weil es zwingend vorgeschrieben wird.

Die Ethik ist eine zu wichtige Sache als dass man sie den selbsternannten Spezialisten, den Bindestrich-Ethikern und Propagandisten aus allen Sparten der Wissenschaft überlassen dürfte.

Leider werden in der allgemeinen politischen Kritik am Wettbewerb und am Markt als Prinzip und als Ort des Tauschens und Kommunizierens grundlegende Zusammenhänge von Freiheit, Wettbewerb und Lernen zu wenig beachtet. Die Alternative zum Markt ist - positiv ausgedrückt - der „Dienst nach Vorschrift“, sei dies nun von Staates wegen oder als Vollzug einer gesellschaftlich sanktionierten ethischen Norm. Fremdbestimmende Vorschriften verleiten zur Umgehung oder Übertretung und sie bieten einen ständigen Anreiz zur Korruption der Kontrolleure.

Ein Leben nach selbstbestimmten ethischen Grundsätzen ist immer wieder mit Verzichtleistungen verbunden. Das schmerzt gelegentlich, weckt Frustrationen und erzeugt manchmal auch – nennen wir es beim Namen – Neid gegenüber jenen, welche von ihrem – aus unserer Sicht – unethischen Verhalten materiell profitieren. Daraus wird schnell einmal gefolgert, jedes hohe Einkommen und jeder grosse Gewinn bei andern sei letztlich unethisch und das eigene bescheidenere Einkommen sei eine direkte Folge von besonders hohen ethischen Ansprüchen, denen man selbst zu genügen glaubt.

Was liegt nun näher, als den eigenen ethischen Standard in den Rang einer zwingenden Vorschrift zu erheben um damit jene schmerzliche Differenz zu beseitigen, welche die „Ethischen“ gegenüber den „Unethischen“ (auch „Abzocker“ genannt) materiell schlechter stellt? Wer diesen Weg beschreitet, sieht das Heil für eine politische Gemeinschaft in einer schrittweisen Überführung ethischer Standards ins zwingende Recht, sei es im Arbeitsrecht oder im Umweltrecht oder im Sozialrecht.

Dies ist aber ein gefährlicher Irrweg. Das allgemeinverbindliche und erzwingbare Recht garantiert einen minimalen Sockel an gemeinschaftsverträglichem Verhalten, ein ethisches Minimum, dessen Unterschreitung von Staates wegen bestraft wird. Viele Sozialethiker und ethisch besorgte Politiker glauben nun, sie könnten eine Gesellschaft „ethisch verbessern“ indem sie mehr ethisches Verhalten gesetzlich vorschreiben und unethisches Verhalten verbieten und unter Strafe stellen.

In einer funktionierenden und prosperierenden offenen Gesellschaft begnügt sich eine Mehrheit von Menschen (allerdings niemals alle!) keinesfalls damit, ihr Leben nur darauf auszurichten, nicht straffällig zu werden. Es gibt jenseits der Strafvermeidung eine grosse Vielfalt von Motiven und Anreizen, sein Leben auch in ethischer Hinsicht auf die Bedürfnisse anderer auszurichten, und freiwillig Verzicht zu üben und freiwillig mehr zu tun als nur die staatlichen Zwangsnormen zu erfüllen. Der Anreiz für eine frei gewählte ethische Lebenspraxis sinkt aber, wenn der Sockel der staatlich erzwungenen Minimaethik angehoben wird. Zwang zerstört im Bereich der Ethik die Freiwilligkeit. Auch in der Ethik braucht es Wettbewerb. Wenn zu viel an Ethik erzwungen wird, degeneriert das Leben zum „Dienst nach Vorschrift“ und zu einem Experimentieren an der Grenze des Erlaubten.

## **Freiwilligkeit**

Die Ethik gehört ihrem Wesen nach in den Bereich des Freiwilligen. Tugenden können letztlich nicht erzwungen werden. Der britische Ökonom Jeremy Bentham glaubte, man könne „das grösste Glück der grössten Zahl“ durch ein rigoroseres Strafrecht, das ethisches Verhalten rechtlich erzwingbar macht, steigern. Bei Rousseau gipfelt der populäre Drang nach einer zwingenden demokratischen Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tugend konsequent in der Forderung nach der Todesstrafe für alle, welche krass gegen den verordneten Gemeinssinn aller Bürger verstossen. Eine Kombination von Erziehung, Zwang und Selektion wird als Weg zum ethischen Fortschritt der Menschheit angepriesen. Auch wenn natürlich diese kompromisslose kollektivistische Folgerung heute nicht mehr nachvollzogen wird, so ist die Meinung, man könne und solle den allgemeinen ethischen Standard in einer Gesellschaft anheben, indem man möglichst viele „schwarze Schafe“ durch Gesetze zu einem ethischeren Verhalten zwingt, doch weit verbreitet. Sie liegt an der Wurzel verschiedener penderer Initiativbegehren, die den sozialen Ausgleich durch Zwang und Reichtumsbesteuerung herbeiführen wollen.

Dahinter steckt im Grunde genommen ein Materialismus, welcher im Widerspruch steht zu einer Vorstellung, welche auch eine „Ökonomie“ jenseits des Materiellen anerkennt. Es gibt auch im Bereich des „lebensdienlichen Verhaltens“ einen Wettbewerb, der auf der Privatautonomie beruht. Dessen „Jury“ ist allerdings in einer liberalen offenen Bürgergesellschaft nicht ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde, es sind die Beteiligten und die Betroffenen selbst, die das Resultat immer wieder beurteilen und die Konsequenzen ziehen und tragen müssen, sowie eine sensible Öffentlichkeit, die durch freie, ebenfalls konkurrierende Medien informiert wird und so darüber wacht.

Wer sich freiwillig ethisch verhält, sich an selbstgewählten Standards misst oder allenfalls mit Vorbildern wetteifert, braucht nicht ständig auf das ethische Defizit im Verhalten anderer zu schielen und auf das Geld, das möglicherweise dabei verdient wird. Menschen welche ihre hohen ethischen Ansprüche in erster Linie an sich selbst stellen und nicht an andere, sind in der Lage, Frustration und Neidgefühle zu überwinden und auf alle materiellen Kompensationen, und – was noch schwerer wiegt – oft auch auf den Anspruch auf Dank und Anerkennung zu verzichten. Sie werden das, was man heute Solidarität nennt, auch mit ihren eigenen Mitteln praktizieren und nicht via staatlichen Zwang mit denen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

*Robert Nef ist Präsident des Stiftungsrates des Liberalen Instituts.*